15. Sonnabend den 18. Januar 1862. 15.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen $1\frac{1}{2}$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. $24\frac{1}{2}$ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.



Amtliches.

Berlin, 18. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Das bisherige technische Mitglied der Königlichen Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn, Eisenbahn-Bau-Inspektor Koch zu Breslau zum Regierungs- und Baurath zu ernennen.

Das seitherige technische Mitglied des Königlichen Eisenbahn-Kommissariats zu Berlin, Regierungs- und Baurath Schwedler, ist in die Stelle des Vorstandes des technischen Eisenbahn-Büreaus in dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten versetzt worden.

Dem Regierungs- und Baurath Koch zu Breslau ist die Stelle des technischen Mitgliedes bei dem Königlichen Eisenbahn-Kommissariate zu Berlin verliehen worden.

Nr. 16 des St. Anz.'s enthält die Allerhöchste Urkunde, betr. die Stiftung des Königlichen Kronen-Ordens, vom 18. Oktober 1861; und die Allerhöchste Urkunde, betr. die Erweiterung des Königlichen Hausordens von Hohenzollern, vom 18. Oktober 1861.

Telegramme der Posener Zeitung.

Triest, Freitag 17. Jan. Mit der Levantepost hier eingetroffene Nachrichten aus Athen vom 11. d. melden, daß der Kassationshof den Rekurs Dosios' verworfen habe. Der König hat jedoch denselben auf Bitte der Königin zu lebenslänglicher Festungshaft in Nauplia begnadigt.

Ragusa, Freitag 17. Jan. Die Zubzaner Insurgenten beantworteten die Proklamation Omer Pascha's durch Beschimpfungen. Die Bewohner Schuma's getrauen sich nicht zu antworten. Luca Vucalovich befindet sich mit anderen Führern noch in Cettinje. Die Katholiken in Popova bitten um Omers Schutz gegen die Uebergriffe der Zubzaner.

(Eingeg. 18. Januar 9 Uhr Vormittags.)

□ Die Thronrede.

Wir sind es in Preußen gewohnt, in den Thronreden unserer Könige nicht, wie in England, lediglich ein Elaborat des jedesmaligen Ministeriums zu sehen, das in möglichst farblosen allgemeinsten Redewendungen die Ansichten der Regierung über die innere und äußere Lage des Landes, die jüngste Vergangenheit und die nächste Zukunft zusammenfaßt: wir suchen in ihnen zugleich immer wenigstens einige eigenste königliche Worte, welche den persönlichen Ausdruck des königlichen Willens und königlicher Gedanken kundgeben. Mit größerer Spannung, als sie seit vielen Jahren geherrscht, mußte man solchen Worten bei Eröffnung des diesjährigen Landtages entgegensehen. Durch das, was von Letzlingen her verlautet hatte, durch die verschiedenen Gerüchte über Ministerkrisen, welche von Berlin aus in das Land drangen, war eine Unklarheit in unsere innere Situation gekommen, und hatten sich Besorgnisse über die erste Begegnung zwischen der Krone und der neuen Landesvertretung festgesetzt, die einer Klärung und Lösung dringend harrten.

Eins ist seitdem durch die Thronrede vom 14. Januar gewiß geworden: die liberale, volksthümliche Richtung, welche die Regierung König Wilhelms bisher ausgezeichnet, hat zur Zeit in dem Sinne Sr. Majestät noch nicht den geringsten Abbruch erlitten — und diese Thatsache muß unter den heutigen Umständen jedem Patrioten immerhin als ein großer Gewinn gelten. Da ist Nichts in den Worten der Thronrede, das auf ein Mißtrauen gegen die bisher verfolgten freisinnigen Grundsätze hindeutete. Noch weht in ihnen ungeschwächt und unverändert derselbe Ton und derselbe Geist, wie er in jener denkwürdigen Ansprache des Königs an das Ministerium am Beginn der Regentschaft von dem ganzen Lande mit Jubel vernommen wurde. Se. Majestät erklärt, daß Er nach wie vor den „Ausbau der Verfassung vor Augen habe", Er verspricht „Reformen, wie sie durch die thatsächlichen Verhältnisse und das gleichmäßig zu berücksichtigende Wohl aller Stände begründet sind"; in unzweideutigster Form wird die Fortführung der Regenerationsgesetzgebung verheißen, und die Zuversicht ausgesprochen, daß wie in jener „großen Zeit", so auch heute durch diese Reformen eine kräftigere Betheiligung vaterländischer Gesinnung und nationalen Aufschwungs erzielt werden würde. Daß der freiheitlichen Entwickelung des innern Staatslebens in dem „Recht der Krone, der Macht und Sicherheit Preußen" Rücksichten und Schranken mit entschiedener Betonung entgegengesetzt werden, kann hierbei wahrlich nicht Wunder nehmen. Nationale Macht und nationale Freiheit sind zwei Dinge, die von Anbeginn des Völkerlebens an im Gegensatz gestanden haben und nur selten ist es gelungen, beide Güter zu gleicher Zeit in glücklicher Vereinigung zu erringen. Das ist eine Lehre, uralt, wie die Geschichte, die freilich manch' landläufigen Gemeinplätzen in den Nacken schlägt.

Wer eine Thronrede im Sinne der Fortschrittspartei erwartet hatte, muß allerdings enttäuscht sein. Eine noch stärkere Enttäuschung ist aber jedenfalls denjenigen Leuten zu Theil geworden, welche unmittelbar nach den Wahlen mit erstaunlicher Naivetät bereits die Frage erörterten, ob es gerathen sei, das Haus der Abgeordneten, noch bevor es zusammengetreten war und irgend ein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, aufzulösen. Wem das Wohl des Vaterlandes höher steht, als Parteiprogramme und Parteiinteressen, der wird heute mehr wie je das Vertrauen zu dem erleuchteten Sinne und der Festigkeit der Grundsätze Sr. Majestät des Königs aufrecht erhalten, und der Wunsch nach „einträchtigem Zusammengehen" zwischen König und Volk, Krone und Landesvertretung, wie ihn die Thronrede am Schlusse ausspricht, als zuversichtliche Hoffnung der Zukunft entgegentragen.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 17. Januar. [Parteibildung im Abgeordnetenhause; das Berliner Polizeipräsidium; keine Unterhandlungen mit Rom.] Das Leben unserer parlamentarischen Parteien befindet sich noch in einem gewissen chaotischen Stadium. Es ist unverkennbar, daß alle einsichtigeren Politiker der liberalen Majorität, ob sie sich zu der eigentlich konstitutionellen Partei oder den vorgeschrittenen Ansichten bekennen, mehr oder minder von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß sie nur durch einmüthiges Zusammenwirken und durch Verständigung mit der Regierung einen heilsamen Einfluß auf die Entwickelung unserer inneren Zustände gewinnen können. Diese Meinung findet sogar in den anerkannten Organen der Fortschrittspartei wiederholt Ausdruck. Aber die politischen Parteien sind den Konsequenzen ihres Daseinsprinzips unterworfen und fügen sich äußerst selten dem Gebot der Mäßigung. Selbst die ehemaligen Genossen der liberalen Partei unter Vincke's Führung scheinen nicht unter einer Fahne sich zusammenschaaren zu wollen. Die Versuche zu einer Verschmelzung der Fraktion Harkort-Stavenhagen mit der konstitutionellen Partei unter Grabow sind bisher gescheitert, und zwar wahrscheinlich an der Klippe der Militärvorlagen. Auch von der Fortschrittspartei hat sich ein Bruchtheil getrennt, der möglicherweise mit jener dissentirenden liberalen Fraktion sich zu einem Zentrum vereinigen wird. Auf diese Weise entstände eine Mittelpartei, welche, da weder die konstitutionelle Partei, noch das Fortschrittselement über die Mehrheit des Abgeordnetenhauses verfügt, bei allen Abstimmungen den Ausschlag geben würde; weder die konservative, noch die polnische oder die katholische Fraktion ist zahlreich genug, um ein solches Gewicht in die Wagschale zu werfen. Eine solche zerrissene Gestaltung des Abgeordnetenhauses bietet keine günstigen Aussichten. Man muß besorgen, daß alle noch so aufrichtig und ernst unternommenen Versuche für eine Verständigung zwischen der Regierung und den liberalen Ansichten nicht im Stande sein werden, eine kompakte Mehrheit zusammenzuhalten. Gelingt dies aber nicht, dann ist eine parlamentarische Krisis unvermeidlich. Für das Präsidium des Hauses ist die Wahl Grabows wohl gesichert, und dann wird Simson die Leitung der konstitutionellen Partei übernehmen. Als Kandidaten für die Vizepräsidentenstellen hört man bis jetzt v. Rönne und Reichensperger nennen, denen die Fortschrittspartei vielleicht die Namen Waldeck und Kirchmann gegenüberstellt. — Ein hiesiges Blatt spricht von Schwierigkeiten, die den Bedingungen, unter welchen Hr. v. Winter den Posten des hiesigen Polizeipräsidenten definitiv übernehmen will, in jüngster Zeit entgegengetreten seien. In unterrichteten Kreisen zweifelt man nicht an der definitiven Ernennung des Hrn. v. Winter und weiß Nichts von den angeblichen Schwierigkeiten. — Unterhandlungen zwischen unserer Regierung und dem päpstlichen Stuhle, um einen Bundesgenossen zur Beschwichtigung der polnischen Geistlichkeit zu gewinnen, sind nicht gepflogen worden. Unsere Regierung glaubt in der energischen Handhabung ihrer gesetzlichen Macht genügende Mittel zu haben, um den Nationalitätsschwindel zu bekämpfen.

(Berlin, 17. Januar. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Heute Vormittags 9 Uhr fuhren der König und die königlichen Prinzen zur Jagd nach dem Grunewald. Bei der Ankunft auf dem Rendez-vous-Platz waren bereits dort der Generalfeldmarschall v. Wrangel, die Minister v. Roon, v. Schleinitz, Graf Schwerin, v. Patow, der russische Militärbevollmächtigte General Graf Adlerberg, die Fürsten Radziwill und alle die übrigen geladenen fürstlichen und hochgestellten Personen anwesend. Die Jagd begann um 10 Uhr und dauerte etwa bis 4 Uhr. Das Dejeuner wurde, wie schon mitgetheilt, im Freien eingenommen. — Der König kam etwas früher zurück, weil er noch die laufenden Vorträge entgegennehmen wollte. — Abends besuchten die hohen Herrschaften die Oper und nach dem Schluß derselben war Thee und Souper im k. Palais. — Bei dem gestrigen Diner des Grafen Bernstorff befanden sich unter den Gästen der Prinz Wilhelm von Baden, die Minister v. Bernuth, v. d. Heydt, v. Patow, v. Schleinitz, Graf Schwerin ꝛc., die königlichen Gesandten Graf v. d. Goltz und Graf Perponcher, der Generalfeldmarschall v. Wrangel, der Stadtkommandant v. Alvensleben und die Chefs der Gesandtschaften, soweit sie nicht der Einladung des Grafen Karolyi gefolgt waren. Auch der neue Vertreter Braunschweigs ꝛc., Legationsrath v. Löhneysen, erschien an der Tafel. Wie ich höre, wird denselben morgen der König in einer Privataudienz empfangen und sein Beglaubigungsschreiben entgegen nehmen. — Morgen Vormittags 11 Uhr ist unter dem Vorsitz des Handelsministers v. d. Heydt eine Staatsministerialkonferenz, in welcher auch der Kronprinz erscheint. Die Sitzung wird diesmal im Handelsministerium abgehalten. — Heute war in den Hofkreisen von der bevorstehenden Abreise der Frau Kronprinzessin nach London die Rede, doch glaubt man, daß dieselbe wegen der anhaltenden Kälte noch um einige Tage verschoben werden wird. — Morgen Abend 5 Uhr wollen der König und die Königin die Vorlesung hören, welche Dr. Berthhold Auerbach im wissenschaftlichen Verein im Saale der Singakademie über die Poesie des Weltschmerzes mit besonderer Beziehung auf Nikolaus Lenau halten wird. — Der frühere Polizeipräsident v. Zedlitz hat sich heute früh wieder nach seinem in Schlesien gelegenen Gute zurückbegeben. Gestern Mittags wurde derselbe von der Königin-Wittwe im Schlosse zu Charlottenburg empfangen. Wie es heißt, soll Herr v. Zedlitz Aussicht haben, die Stelle eines Regierungs-Präsidenten zu erhalten.

— [Ein Schreiben des preußischen Gesandten in Turin.] Der päpstliche Major v. Brackel aus Westfalen verließ vor Kurzem den römischen Dienst und machte eine Reise nach Sicilien. Hier hatte er verschiedene polizeiliche Maaßregeln zu erdulden, da er nicht mit ausreichenden Legitimationen versehen war und für einen bourbonischen Agenten gehalten wurde. Man hat gegen den preußischen Gesandten in Turin den Vorwurf erhoben, daß er sich dieses preußischen Unterthanen nicht mit dem nöthigen Nachdruck angenommen habe. Die „Rhein- und Ruhr-Zeitung" theilt jetzt den Wortlaut des Schreibens mit, welches Graf Brassier de St. Simon in dieser Sache an den Major v. Brackel gerichtet hat. Dasselbe lautet:

„Turin, 30. November 1861. Ew. Hoch- und Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 22. d. M. zu erhalten, habe ich nicht die Ehre gehabt. Indem ich die Ihnen in Sicilien widerfahrenen Unannehmlichkeiten aufrichtig bedaure, werde ich es mir gerne angelegen sein lassen, nähere Auskunft zu provoziren und dahin zu wirken, daß das Verfahren der dortigen Behörden einer Prüfung unterworfen, eventuell gerügt werde. Dies dürfte voraussichtlich Alles sein, worauf sich die von Ew. Hoch- und Wohlgeboren verlangte Genugthuung (welche Sie nicht näher formuliren) reduziren wird, da außer übertriebenen und gewiß sehr lästigen Polizei-Vorkehrungen und einer Arrestation, welche durch Mangel an Legitimation als völlig gerechtfertigt bezeichnet werden dürfte, spezielle und persönliche Beleidigungen aus Ihrer Darstellung der Thatsachen nicht zu reduziren sind. Daß preußische Reisende in Sicilien nicht allein unpopulär, sondern auch den Behörden verdächtig und deshalb besonderer Ueberwachung unterworfen sind, kann mir weder unbekannt noch überraschend sein, nachdem durch gewisse, bei der Sendung der „Loreley", sowie bei der Anwesenheit zweier preußischer Edelleute in Sicilien, sich herausgestellte Thatsachen, welche Ew. Hoch- und Wohlgeboren wahrscheinlich bekannt sind, Verdachtsgründe gerechtfertigt sein können, welche ohne diese Antezedentien mit Recht als beleidigend hätten betrachtet werden müssen. Wenn ein preußischer Offizier angeklagt worden, die geheime Korrespondenz der Gegner der jetzigen faktischen Regierung besorgt zu haben: wenn ein preußischer Edelmann als geheimer Agent mit Organisirung von bewaffneten Aufständen beauftragt, in flagranti ertappt worden, und nur durch die Bemühungen der preußischen Gesandtschaft vom schimpflichen Tode gerettet worden ist, so dürfte es der hiesigen Regierung nicht schwer fallen, mir die Nothwendigkeit darzuthun, einen andern preußischen Reisenden, der bis vor Kurzem in päpstlichen Diensten gestanden und bei dem man daher eine besondere Betheiligung an den, der neuen Regierung entgegenstehenden Interessen des römischen Hofes, zu vermuthen berechtigt war, durch strenges Ueberwachen in die Unmöglichkeit zu versetzen, eine feindliche Thätigkeit zu entwickeln. Hiernach werden Ew. Hochwohlgeboren sich gewiß selbst überzeugen, daß unter solchen Umständen eine Reklamation in dem von Ihnen beabsichtigten Sinne schwerlich einen andern als den von mir oben angedeuteten sehr beschränkten Erfolg versprechen kann. Doch bitte ich Sie, sich überzeugt zu halten, daß alles von mir geschehen wird, was in den durch die Verhältnisse gebotenen Grenzen möglich ist. Empfangen Euer Hochwohlgeboren ꝛc. ꝛc. ꝛc. Graf Brassier de St. Simon."

— [Noch ein Parteiprogramm.] Die „Sp. Z." veröffentlichte vor Kurzem ein neues vermittelndes politisches Programm, das ihr zum Abdruck zugegangen. Wir können demselben an sich, da es völlig anonym erschienen und die „Sp. Z.", ohne jedoch nähere Erläuterungen zu geben, später erklärt, gar keine direkten Beziehungen zu demselben zu haben, kein sonderliches Gewicht beilegen; wollen es aber, neben so manchen anderen ähnlichen Expektorationen unseren Lesern doch nicht vorenthalten. Die Notiz einer Berliner Kammerkorrespondenz, jenes Programm sei dem Vernehmen nach von dem Geh. R. Mathis und dem Schriftsteller Firmenich ausgegangen, und zu näherer Auskunft darüber werde unter der Hand der Hofgoldschmied Vollgold in Berlin bezeichnet, möchten wir wenigstens in Bezug auf den Erstgenannten doch noch stark bezweifeln. Das Schriftstück lautet:

Die letzten Wahlen haben im Lande vielfach lebhafte Bedenken erregt. Gegenüber den Hoffnungen auf eine gedeihliche Fortentwickelung unserer Zustände haben sich Bestrebungen geltend gemacht, sind Namen in Menge aufgetaucht, welche, im Rückblick auf ihre Vergangenheit, das Gefühl der Unsicherheit in alle besonnenen Kreise zu tragen geeignet sind. Die eigentlich konstitutionelle Partei scheint der Demokratie gegenüber der Gewalt ihrer eigenen Konsequenzen erlegen zu sein; in dem „Preußischen Volksverein" aber, der einzigen Verbindung, welche unter dem Namen einer konservativen Partei bei den letzten Wahlen thätig gewesen, vermögen wir eine Vertretung der wirklich konservativen Interessen Preußens, wie sie „die Entwickelung unseres Staates" fordert, nicht zu erkennen. Es fehlt sonach den reich vorhandenen konservativen Elementen zur Zeit an einem Haltepunkte, sich selbständig zu sammeln und zu organisiren. Die große Majorität des Volkes, welche in dem Jahre 1849 die Männer erwählte, denen wir es verdanken, daß Preußen nunmehr eine vom König beschworene Verfassung besitzt, welche später aber ihre Organisation leider aufgegeben und dadurch ihren politischen Einfluß eingebüßt hat, muß sich zu neuer Thätigket wieder ermannen, um in echt preußischem Sinne die Verfassung ferner zu entwickeln und den Bedürfnissen unseres Volkslebens anzupassen. Diese Nothwendigkeit anerkennend, haben sich Mitglieder jener früheren Organisation Behufs Neubildung der Partei über folgende Grundsätze geeignigt:

1) Wir stehen als Konservative einstimmig zusammen gegen die Bestrebungen der demokratischen Partei, weil diese Bestrebungen, das Prinzip der Volkssouveränität zur Voraussetzung habend, in ihrer Entwicklung auf die thatsächliche Annullirung der königl. Gewalt hinausführen und erfahrungsmäßig die Entchristlichung der bürgerlichen Gesellschaft zur Felge haben. Beides, die königliche Gewalt wie den christlichen Grundcharakter der staatlichen Gesellschaft, wollen wir, unbeschadet der Anerkennung allgemeiner Rechtsgleichheit auch für Andersgläubige, zum Heile des Vaterlandes unbedingt konservirt wissen. 2) Unsere konstitutionell-konservativen Grundsätze scheiden uns auch von der „speziell" so genannten konstitutionellen Partei, weil auch sie weniger von den thatsächlichen Verhältnissen, als von Theorien ausgeht, besonders aber weil die fremdländische Doktrin des Konstitutionalismus „von der Theilung der Gewalten", die sie in unser Verfassungsleben einbürgern möchte, in ihren theoretischen Konsequenzen, wie in vorliegenden Thatsachen, ebenfalls zu einer Schwächung der königlichen Autorität führen muß. Wir aber wollen, daß in Preußen das Regiment, innerhalb der durch Gesetz und Verfassung vorgeschriebenen Grenzen, dem Könige allein verbleibe. 3) Eben so wenig dürfen unsere politischen Grundsätze mit denen der zuerst bezeichneten bei den letzten Wahlen allein als konservativ genannten Partei identifizirt werden, namentlich insofern die Anschauungen derselben feudale, in Preußen längst überwundene Standpunkte festhalten. Wir verkennen nicht die starken in dieser Partei ruhenden und in schweren Zeiten bewährten Fundamente unseres Staates, erachten es auch für eine Aufgabe der Staatskunst, selbige unter anderen Modalitäten in die neue Zeit so viel als möglich mit hinüber zu führen; wollen aber nicht, daß bei jetzt gleichen Pflichten besondere Rechte aus andern als allgemeinen Staatsinteressen verliehen oder beibehalten, oder unter einem andern Titel als in Uebertragung von Seiten der königlichen Macht ausgeübt werden. In der traditionell gewordenen Treue dieser Kreise gegen den König wollen wir ihre Genossen, in Betreff jeder beanspruchten Sonderstellung und jeder Verfolgung von Sonderinteressen ihre Gegner sein. 4) Obgleich nicht Anhänger des konstitutionellen Doktrinarismus, bekennen wir uns doch als Konstitutionell-konservative, weil wir die Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und Steuerbewilligung, sowie das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen als eine Nothwendigkeit erkennen. So stehen wir mit ganzer Aufrichtigkeit und Entschiedenheit auf dem

Boden unserer Landesverfassung, meinen aber, daß sie unserm Volke nur dauernden Segen bringen könne, wenn sie in „besonnen fortschreitender“ Entwickelung überall bei ihrem Ausbau die geschichtlich, im Laufe der Zeiten gewordenen Verhältnisse zum Ausgangspunkte nimmt und sich so in das Leben des Volkes hineinbildet. Demgemäß wollen wir das wirklich Veraltete beseitigt, das noch Lebensfähige aber zum Segen des Volkes konservirt wissen, das Neue, so weit es sich als das Bessere auszuweisen vermag, in jeder Weise fördern. 5) Wir sind nicht bedingungslos ministeriell, sondern behalten uns jeder Vorlage der Staatsregierung gegenüber ein freies Urtheil vor. Wir halten aber eine konstitutionell-konservative Partei für besonders verpflichtet, einer Regierung, welche das Vertrauen des Königs besitzt, „mit Vertrauen“ entgegenzukommen, und auch für vorzugsweise geeignet, derselben eine kräftige, von den Strömungen des Tages unabhängige Unterstützung zu gewähren. 6) Indem wir die nothwendigen Grenzlinien zwischen unseren Prinzipien und denen der anderen politischen Parteien gezogen haben, wollen wir gleichwohl einem Jeden, welcher in Ermangelung eines geeigneten Anschlußpunktes bisher einer andern der bestehenden Parteien gleichsam nothgedrungen angehört hat, sobald derselbe im Wesentlichen sich mit uns eins weiß, auf das Bereitwilligste die Hand zur Vereinigung bieten. — Unser Ziel ist, daß die, durch den Mangel der Konstituirung einer dem gesunden Fortschritte huldigenden konservativen Partei in Zerfahrenheit gerathenen, wahrhaft konservativen Elemente des Volkes sich einheitlich zusammenfassen.

Tilsit, 16. Jan. [Auswanderung; Holzeinfuhr.] Die Lust der Arbeiterklasse, nach Rußland sich überzusiedeln, ist, der „Pr. Litt. Ztg.“ zufolge, noch sehr rege; diese Leute bedenken durchaus nicht, in welche Mißhelligkeiten sie sich selbst und ihre Angehörigen begeben. So haben kürzlich 19 Arbeiterfamilien aus Preußen auf einem Gute in der Nähe von Russisch-Neustadt ihren Abschied erhalten. Sie sollen vorher der Herrschaft die Anziehkosten erstatten und vermögen diese Summe nicht aufzubringen. In ihrer Noth haben sie sich an die königlich preußische Gesandtschaft in Petersburg gewandt und erhoffen Abhülfe ihrer Leiden. — Der jetzige gute Winter hat auch gute Winterwege zu Stande gebracht. Die Holzausfuhr aus Rußland ist bei Mordeln, Deguzen und Sarteningken freigegeben und wird dies von den Landbewohnern der Grenzkreise dankbar anerkannt.

Oestreich. Wien, 15. Jan. [Tagesnotizen.] Nach den neuesten Anordnungen wird der Kaiser heute von Venedig abreisen und in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in Wien eintreffen. — Das erzbischöfliche Konsistorium in Prag hat den städtischen Schullehrern, deren Bestätigung es Anfangs verweigerte, nun ihre Dekrete zustellen lassen. Dagegen hat es gegen die Zulässigkeit des ordentlichen Professors des Strafrechts Dr. Wessely zu den Funktionen eines Promotors Protest erhoben. Professor Wessely ist nämlich Jude. Da sich das Professoren-Kollegium für die Zulässigkeit ausgesprochen, so muß vorerst die Entscheidung des Staatsministeriums abgewartet werden. — Gegen die Auswanderung nach Rußland ist, wie in Böhmen, so auch von Seiten des Statthalterei-Präsidiums für Mähren eine Warnung erlassen, wobei, nach der „Brünner Zeitung“, zugleich die Bezirks- und Polizeibehörden angewiesen wurden, diejenigen Personen, welche die Absicht einer solchen Uebersiedelung oder vielmehr Auswanderung nach Rußland zu erkennen geben und Reisepässe zu diesem Zwecke nachsuchen, über die Gefahren und die vollständige Schutzlosigkeit, der sie in Rußland entgegen gehen, zu belehren. — Die Verwarnung, welche der „Pesther Lloyd“ erhalten hat, ist von dem Präsidium der Statthalterei verhängt. Die Verwarnung bezieht sich auf einen vom 3. Januar datirten Leitartikel, der sich „rücksichtlich der provisorisch umgestalteten Behörden in einer Weise äußert, welche augenscheinlich das Ansehen derselben herabzusetzen beabsichtigt“. — Der Grazer Scharfrichter hatte auf einer Dienstreise einen Platz im Eilwagen genommen, ward jedoch nach Erkennung seines Charakters nicht zur Fahrt zugelassen. Es entsteht also die Frage, ob der als Staatsbeamter anerkannte Scharfrichter noch als ehrlos erkannt wird oder nicht.

Lemberg, 13. Jan. [Exzesse.] Man schreibt der „Presse“ von hier: Die Exzesse, die am vorigen Sonntag unsere Stadt in Aufregung versetzten, wiederholten sich am gestrigen Abend, nur daß diesmal der Schauplatz derselben ein anderer war, und daß dieselben nicht gegen die weltliche, sondern die geistliche Macht gerichtet waren. Das Palais des römisch-katholischen Erzbischofs, Ritters v. Wierzchlejski, war es, vor dem gestern Abend 8 Uhr eine zahlreiche Menschenmasse sich versammelte, um den Erlaß des Kirchenfürsten, die politischen Kirchengesänge betreffend, durch eine wohlgelungene Katzenmusik auf ihre Weise zu kritisiren. Da ihnen Niemand in den Weg trat, wurden die Katzenmusikanten ihres gemüthlichen Treibens bald müde, und nun ging es an ein Fenstereinschlagen, bei dem mitunter auch Steine so schweren Kalibers durch die Fenster flogen, daß die Möbelstücke in den Wohnungen argen Schaden nahmen. Weil das erzbischöfliche Palais ziemlich weit von der Stadt entfernt ist, fanden die Helden dieser dramatischen Scene Zeit, auf einen wohlgeordneten Rückzug bedacht zu sein, bevor die eiligst abgesendete Polizeimannschaft auf dem Schauplatz anlangte.

Verona, 14. Jan. [Der Kaiser] langte heute früh hier an und wurde am Bahnhofe Porta nuova von den Zivil- und Militärbehörden empfangen. Die Schießversuche mit den neuen gezogenen Kanonen gegen das Fort Wratislaw wurden heute mit glänzendem Erfolge fortgesetzt, denn ein großer Theil der Ringmauer und des Thurmes stürzte zusammen. Se. Majestät wohnten diesen Versuchen bei. (Telegraphischen Nachrichten zufolge ist der Kaiser am 15. früh von Verona abgereist und in Vicenza von dem versammelten Militär begrüßt worden. Der Kaiser traf um 9 Uhr Morgens in Padua ein und kehrte von dort um 4 Uhr Nachmittags nach Venedig zurück.)

Venedig, 12. Jan. [Seemanöver.] Gestern wohnte der Kaiser mit den hier weilenden Erzherzogen der Sprengung zweier Seeminen im Kanal della Giudecca bei. Vor der Ankunft Sr. Majestät wurden bereits die beiden Minenkasten, jeder mit einer Ladung von 180 Pfund Schießwolle auf 14 Schuh Tiefe unter das Wasser versenkt. Ober dieser beiden Minen wurden zwei für die See unbrauchbar gewordene Schiffe, darunter der Trabakel, welcher während des Krieges 1859 zur Absperrung der Einfahrt im Hafen bei Molamocco versenkt war, die zur Vernichtung bestimmt waren, mittelst Anker befestigt. Auf das gegebene Signal wurden die Minen mittelst elektrischer Funken gezündet und in demselben Augenblick sah man von den Schiffen nur Holztrümmer im Wasser herumschwimmen.

Sachsen. Dresden, 16. Jan. [Marquis de Flers.] Das „Dresdner Journal“ beleuchtet in einer Polemik ausführlich den Prozeß seines Pariser Spezialkorrespondenten Marquis de Flers, nachweisend, daß Marquis de Flers ohne Beweis verurtheilt worden sei.

Frankfurt a. M., 17. Jan. [Telegr.] Die juristische Fakultät in Leipzig hat in dem Nachdruckprozesse des Prinzen Friedrich Karl die Freisprechung des Buchdruckers und Buchhändlers bestätigt, aber die Konfiskation der Broschüre angeordnet.

Hessen. Kassel, 15. Jan. [Eine Adresse.] Nachfolgende Adresse, ohne Unterschrift des Druckers, ist vom Landrath zu Hünfeld den Bürgermeistern zur Sammlung von Namensunterschriften zugefertigt worden: Allerdurchlauchtigster Kurfürst! Allergnädigster Kurfürst und Herr! Bekannt geworden mit dem Inhalte der vor Ew. Kgl. Hoheit niedergelegten Adresse der Treue und Ergebenheit, welche von einer namhaften Zahl patriotischer Hessen am 25. v. Mts. in Guntershausen ausgegangen ist, glauben die ehrfurchtsvoll Unterschriebenen nicht zögern zu dürfen, den Ausdruck gleicher Gefühle und Gesinnungen an den Thron Ew. Kgl. Hoheit zu bringen. Allerdurchlauchtigster Kurfürst und Herr! Ew. Kgl. Hoheit haben inmitten der drohenden wie der lockenden revolutionären Stimmen, welche seit wenigen Jahren wiederum Bundesehre und Bundesrecht, Fürstenehre und Fürstenrecht und die Ehre, Sicherheit und Ruhe der deutschen Länder zu unterwühlen und zertrümmern trachten, mit der angestammten, den Ahnen des hessischen Fürstenhauses würdigen Festigkeit und Beharrlichkeit widerstanden. Ew. Kgl. Hoheit haben den aus diesen Zeiten und Bestrebungen erwachsenen vaterländischen Verfassungshader in derjenigen gerechten und zugleich nachgiebigen Weise zu heilen gesucht, wie die Würde des deutschen Bundes, Allerhöchstihr eigenes, von Gottes Gnade stammendes Fürstenamt und die landesväterliche Liebe zum Hessenlande nnd zu Allerhöchstihren treugesinnten Unterthanen Eurer Kgl. Hoheit ins Herz gaben. Es ist wahr, Ew. Kgl. Hoheit ernten dafür Haß von der kleinen Zahl der nimmer ruhenden Herrschlustigen und Bösartigen, und Undank von der nicht kleinen Zahl der armen Verblendeten, Irrgeführten und Schwachsinnigen. Aber eben so wahr ist es auch, daß Ew. Kgl. Hoheit dafür fortwährend Liebe und Dank finden in den Herzen aller treu und wohlgesinnten Hessen, die in überwiegender Mehrzahl auf Ew. Kgl. Hoheit vertrauensvoll blicken, und trotz der bösartigen und verwirrenden Federn und Zungen in revolutionären Zeitungen und anderwärts der gelobten Anhänglichkeit und Treue zu ihrem Fürsten und Herren mit Gebeten, Reden und Worten ausharren werden. Zu diesen rechnen wir uns mit Stolz und Freude und verharren im tiefsten Respekte Ew. Kgl. Hoheit allerunterthänig treugehorsamste.

Holstein. Von der Eider, 15. Jan. [Die Festung Rendsburg.] Der „N. Z.“ wird von hier geschrieben: „Die Mittheilung, welche ich Ihnen neulich über den Versuch des dänischen Finanzministers machte, Rendsburg für eine schleswigsche Stadt auszugeben, hat den Zorn der offiziellen „Berlingschen Zeitung“ erregt. Zum Beweis für die Richtigkeit der dänischen Ansicht hat sie eine von dem preußischen Grafen Eulenburg mitunterzeichnete Bekanntmachung der „Landesverwaltung“ vom 5. Okt. 1849 aufgestöbert, in welcher das Postamt in Rendsburg als das südliche Grenzpostamt des Herzogthums Schleswig bezeichnet wird. Die Sache ist ganz richtig. Aber Sie werden mir wohl gestatten, die Angaben der „Berlingschen Zeitung“ durch einige wesentliche Momente zu ergänzen. Die „Landesverwaltung“ war eine interimistische Behörde, welche berufen war, während der Dauer des Berliner Waffenstillstandes vom 10. Juli 1849 die Regierung des Herzogthums Schleswig zu führen. Sie wurde am 25. August zu Flensburg installirt und bestand aus einem dänischen Mitgliede, dem Kammerherrn v. Tillisch, einem preußischen, dem Grafen Eulenburg, und dem englischen Oberst Hodges, als Schiedsrichter. Diese Landesverwaltung erließ unter dem 5. Oktober 1849 eine von Tillisch und Eulenburg unterzeichnete, die Sicherstellung der schleswigschen Postintraden betreffende Bekanntmachung, in welcher folgender Passus vorkommt: „Das Postamt Rendsburg ist das südliche Grenzpostamt des Herzogthums Schleswig; mit Rücksicht auf die in Beziehung auf Rendsburg zur Zeit obwaltenden Verhältnisse ist jedoch die Stadt Rendsburg in postalischer Hinsicht bis weiter dem Herzogthum Holstein gleich zu achten.“ Wenn die „Berlingsche Zeitung“ sich jetzt darauf beruft, so hätte sie nicht vergessen sollen, auch den weiteren Verlauf zu erzählen. Die Sache machte damals natürlich viel Aufsehen. Unter Vermittelung der hannoverschen Regierung sprachen dann Preußen und die damals noch bestehende deutsche Zentralgewalt sich übereinstimmend dahin aus, „daß die Ansicht der Landesverwaltung über die Zugehörigkeit der Stadt Rendsburg gar kein Präjudiz bilden könne und ganz wirkungs- und bedeutungslos, und es daher am gerathensten sei, die Sache auf sich beruhen zu lassen, so lange die Landesverwaltung nicht einen faktischen Anspruch auf die Rendsburger Post erhebe.“ Das Reichsministerium erließ sodann Namens der Zentralgewalt eine förmliche Erklärung, „daß der fraglichen Bekanntmachung der Landesverwaltung keinerlei Wirkung hinsichtlich der Territorial-Verhältnisse der zum deutschen Bunde gehörigen Stadt Rendsburg beigelegt werden könne“. Damit war die Sache abgethan, und man erwartete nicht, daß sie jetzt wieder aufleben werde. Wie ich Ihnen schon früher schrieb, ist die Ansicht, daß Rendsburg zu Schleswig gehöre, nichts als eine während des letzten Krieges aufgetauchte dänische Erfindung. Jetzt behaupten die Dänen, daß nur die schleswig-holsteinschen Aufrührer und Verräther Rendsburg zu Holstein rechnen. Wir könnten zum Beweis des Gegentheils Hunderte von offiziellen dänischen Erklärungen aus der Zeit vor 1848 anführen. Da gerade vom Postwesen die Rede ist, wollen wir auf diesem Gebiete bleiben. Die älteste Postordnung der Herzogthümer vom 25. Dezember 1694 bezeichnet Rendsburg als in Holstein belegen, und um auch eine neuere Verfügung zu nennen, das Zirkulair der königlich dänischen General-Postdirektion vom 23. Septbr. 1845 führt die Poststation in Rendsburg unter den holsteinschen Poststationen auf. Rechnet etwa die „Berlingsche Zeitung“ auch die königlich dänische General-Postdirektion zu den Aufrührern und Verräthern?“

Nassau. Wiesbaden, 17. Jan. [Telegr.] Dr. Loewenthal wurde zu zweimonatlicher Korrektionshausstrafe verurtheilt.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Jan. [Ueber die Lage der Dinge in den Baumwollmanufakturbezirken], und was damit zusammenhängt, schreibt der „Economist“: „Der unausweichliche Druck, dem unsere Fabriken seit geraumer Zeit ausgesetzt waren, ist bereits gewaltig geworden. Vergangene Woche waren von 46,700 in Manchester angestellten Fabrikarbeitern 12,500 nur auf Halbzeit beschäftigt, während 6500 gänzlich ohne Arbeit waren. Aehnlich stellen sich die Verhältnisse in den übrigen Fabriksdistrikten. Sie müssen in der nächsten Zeit nothwendigerweise noch schlimmer werden, denn middling amerikanische Baumwolle hat in Liverpool gegenwärtig eine Höhe von 12 d. pro Pfund erreicht, und zu diesem Preise läßt sich nicht mehr mit Nutzen fabriziren. Ja es ist faktisch schon so weit gekommen, daß in manchen Fällen das Fabrikat nicht theuerer als der Rohstoff verkauft werden kann. Dazu kommt eine neue Erscheinung oder richtiger gesagt eine bestehende nimmt größere Dimensionen an: die Ausfuhr roher Baumwolle von Liverpool nach Newyork. Bis zum 31. Dezember waren bloß 16,000 Ballen dahin verschifft worden, seitdem aber haben die Amerikaner bedeutende Ankäufe gemacht, sie zahlen nach Boston oder Newyork 2 d Fracht nebst 5 Prozent Prämie, und trotz dieser Vertheuerung der Waare sind seit dem 1. d. Monats bereits 15,000 Ballen nach Newyork und über 5000 nach Boston verschifft worden. Bis zu welcher Höhe dieses Geschäft sich, nachdem alle Kriegsgefahr beseitigt ist, wird steigern lassen, ist schwer anzugeben. Wenn wir aber bedenken, daß der Prohibitivtarif der Nordstaaten ihren Fabrikaten die unbestrittene Herrschaft auf ihren eigenen Märkten sichert, daß die Bedürfnisse ihrer Regierung den Verlust ihrer südlichen Kundschaft wett machen, daß die Fabriken in Lowell und im Staate Newyork vollbeschäftigt sind, und 18 bis 20 d für ein Pfd. Baumwolle zahlen können, das in Liverpool bloß 12 d werth ist, und daß sie fast nur amerikanische Baumwolle verarbeiten, deren Vorrath bei uns kaum 250,000 B. beträgt, so haben wir Grund genug zu Besorgnissen. Denn wenn wir außer den 8000 B., die wir in der Woche durchschnittlich dem europäischen Festlande zuführen, eine eben so große Quantität nach Amerika zu verschiffen haben, muß unser Vorrath nicht erst im Juli, sondern schon im Mai zur Neige gehn, und müssen der hohen Preise wegen unsere Fabriken schon vor dieser Zeit ihre Arbeit einstellen. Theilweise mag diesem Uebelstand durch Bezüge aus anderen Baumwollquellen abgeholfen werden, wie denn in der That schon Baumwolle aus Rußland von uns nach Amerika versandt worden ist, dem Uebel selbst jedoch können wir unmöglich steuern. Die Ausfuhr zu verbieten, wie von einigen Seiten vorgeschlagen wurde, ist ganz unstatthaft. Abgesehen davon, daß die Regierung dazu erst die Ermächtigung des Parlaments erlangt haben müßte, könnte selbst eine Parlamentsakte die Baumwollausfuhr nicht allein nach Amerika verbieten, es müßte sich dann zu einem allseitigen Ausfuhrverbot entschließen. Dies wäre eine Verläugnung aller unserer Handelsprinzipien, die am Ende schädlich auf unsern ganzen Verkehr zurückwirken müßte. Davon kann nicht die Rede sein. Nur Ein Gegenmittel steht unserer Regierung frei: sie muß darauf bestehen, die Blokade der Häfen nicht anzuerkennen, so lange sie keine effektive ist. Es ist ferner eine hochwichtige Frage für England und Frankreich, ob das Verfahren der Vereinigten Staaten, Häfen zu zerstören, damit sie der Mühe einer regelrechten Blokirung überhoben seien, mit den anerkannten Satzungen des Völkerrechts in Einklang zu bringen sei. Wir wollen kein Urtheil über diese Frage abgeben, die uns zweifelhafter Natur zu sein scheint. Dergleichen Hafenzerstörungen sind vandalische Handlungen und Beleidigungen des Menschengeschlechts, die nicht allein die Südstaaten, sondern alle übrigen Nationen betreffen.“

— [Tagesnotizen.] Gladstone hat als Rektor der Universität von Edinburgh am Freitag daselbst, beim üblichen Jahres-Symposium der Professoren eine längere Rede gehalten, in der er sich über die amerikanische Streitfrage vernehmen ließ. Der Schatzkanzler sprach unter Anderem die Hoffnung aus, trotz der großen Auslagen, welche die Rüstungen verursacht haben, dem Parlamente einen nicht ungünstigen Bericht über die finanzielle Lage des Landes vorlegen zu können. — Der hiesige Handwerkerverein hat dem Russen Bakunin eine Adresse überreicht, in welcher er ihm zu seinem Entkommen aus Sibirien Glück wünscht. Bakunin beabsichtigt seine Memoiren herauszugeben. Vorerst werden Artikel von ihm in Herzens „Kolokol“ erscheinen. — Der hiesigen Polizei ist es gelungen, eine Gaunerbande einzufangen, welche russische Zehn-Rubel-Noten nachmachte und nach Rußland einschmuggelte. Die russische Regierung hatte seit längerer Zeit Verdacht, daß der Fabrikationsort London sei. Die drei Hauptbeschuldigten, Harwitz, Reichberg und Josephssohn, standen vorgestern zum ersten Male vor Gericht und werden Angesichts gegen sie vorliegenden Beweise schwerlich durchschlüpfen.

— [Die nordamerikanische Korvette „Tuscarora“] hatte vorgestern vor Tagesanbruch ihren Ankerplatz im Hafen von Southampton verlassen, um sich einige Seemeilen weiter seewärts, nahe beim Eingange zu dem sogenannten Southampton Water, hinzulegen. Der Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft hatte Tags zuvor eine Besprechung mit dem Kapitän. Ob dieser in Folge derselben seinen bisherigen Ankerplatz verlassen hat, ist nicht bekannt. Der „Nashville“ liegt noch immer ruhig in den Docks und die britische Fregatte „Dauntleß“ hält, vollständig bemannt, mit geheizter Maschine Tag und Nacht Wache um einem unliebsamen Beginnen des einen oder des anderen der amerikanischen Fahrzeuge entgegenzutreten. Nebenbei bemerkt, lautet das alte Gesetz dahin, daß die Jurisdiktion eines Staates sich bis auf Kanonenschußweite von seiner Küste erstreckt, somit auf 3 englische Meilen nach der Tragweite älterer Geschütze berechnet. Es fragt sich nun, ob es auch künftig bei dem Drei-Meilengesetze bleiben wird, nachdem die Tragweite der modernen Geschütze die doppelte geworden ist.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. [Ueber die kurhessische Frage] macht der Münchener Korrespondent des „Moniteur“ folgende Bemerkungen: „Jeder regellose Zustand muß ein Ende haben und es giebt nichts Ordnungswidrigeres als das, was in Kassel vorgeht. Wird der deutsche Bundestag, der schon zu Gunsten der Verfassung von 1860 einmal entschieden hat, sich durch die Ereignisse oder durch den von Preußen in dieser kitzlichen Konjunktur auf ihn ausgeübten Druck genöthigt sehen, auf seinen Beschluß zurückzukommen zum großen Schaden seiner Achtung und seines Einflusses, oder aber wird er sich für inkompetent erklären und dem Berliner Kabinet die von diesem so begierig gesuchte Gelegenheit und Befugniß gewähren, das Kurfürstenthum militärisch zu besetzen unter dem speziellen Vorwande, daß es dort die Verwaltungsordnung wieder-

herstellen wolle? Die Frage verdient gewiß aufgeworfen zu werden; denn die Existenz und Unabhängigkeit von mehr als einem Mitgliede des deutschen Bundes ist dabei betheiligt. Noch ist dieser Vorfall nur eine innere Angelegenheit, aber man sehe sich wohl vor, leicht könnte dieselbe der Anfangspunkt für die Gestaltung einer ganz neuen Ordnung der Dinge jenseit des Rheines werden."

— [Französische Diplomatie und Marine in China.] Nach dem „Ami de la Religion" ist von einer vollständigen Reorganisation der französischen Legation in China die Rede. Der Gehalt des Gesandten soll bedeutend erhöht und ihm eine gewisse Anzahl Dollmetscher beigegeben werden. Außerdem soll das General-Konsulat von Shanghai wiederhergestellt und in Kanton, Hongkong, Tientsing und Hongkao sollen neue Konsulate errichtet werden. — Von einer Reorganisation der französischen Flotten-Division im chinesischen Meere war erst vor ganz kurzer Zeit die Rede. Ueberhaupt scheint Frankreich an der Politik des chinesischen Kaiserreichs reges Interesse zu nehmen. So deutet man wenigstens die ausführlichen Berichte, welche das offizielle Blatt, in seinem politischen Theile, wie im Feuilleton, über den Stand der Dinge im Osten zu bringen pflegt.

— [Tagesbericht.] Die telegraphisch hier bekannt gewordene Thronrede des Königs von Preußen hat hier allgemein einen befriedigenden Eindruck gemacht. Man findet, daß trotz der Verstimmung über die Wahlen der konstitutionelle Standpunkt darin festgehalten ist. Eine besondere Wichtigkeit legt man den königlichen Worten über den kurhessischen Verfassungsstreit bei, und man erkennt nunmehr in derselben Frage, mit welcher die Bewegung von 1848 zu Grabe getragen wurde, auch den Auspangspunkt eines neuen, kräftigen und erfolgreicheren Umschwungs der Dinge in Deutschland. — Unter einem großen Theile der Freimaurer hat das Dekret vom letzten Sonntag sehr überrascht. Viele derselben wollen das Wahlprinzip nicht aufgeben und es steht deshalb die Schließung eines Theiles der Logen zu erwarten. — Heute findet in den Tuilerien ein Diner von 120 Gedecken statt. Alle hohen Staatsbeamten sind dazu eingeladen. Der Montagsempfang der Senatoren und Deputirten findet dieses Jahr ebenfalls wieder in den Tuilerien statt. — Msgr. Chigi, der heute Morgen hier angekommen ist, hatte diesen Abend 5 Uhr schon eine Audienz bei Thouvenel. Die päpstlichen Aktien sollen in der letzten Zeit hier wieder im Steigen sein. — Dem „Moniteur" zufolge hat der Kontreadmiral Jurien de la Gravière, Kommandeur der Mexiko-Expedition, am 17. Dezember mit dem Linienschiffe „Massena", den Fregatten „Ardente", „Astrée" nnd „Guerrière" und dem Aviso „Chaptal" Martinique verlassen und sich nach der Havannah begeben. Der „Montezuma" und „Aube" haben die Insel am 21. Dezbr. verlassen. — Man ist in großen Sorgen um das Schicksal des Grafen Dubois de Saligny, des französischen Gesandten in Mexiko. Er ist nach den letzten Nachrichten noch nicht in Veracruz eingetroffen, obgleich man ihn dort schon seit 8 Tagen erwartete. Man befürchtet, daß ihm trotz der Eskorte, die ihn auf der Rückreise begleitete, Unglück widerfahren ist. — Wie man vernimmt, sind mit Bewilligung der hiesigen Regierung zwei Lieutenants vom Genie in chinesische Dienste übergetreten. Der eine ist Fortifikationsdirektor von Peking, der andere Artilleriekommandant in Schanghai geworden. — Nach amtlicher Darlegung haben die indirekten Steuern und Zölle im Laufe des vorigen Jahres 1,099,566,000 Frs. eingebracht, 4,922,000 Francs mehr als 1859 und 25,854,000 Frs. mehr als 1860. Auf Tabak allein wurden 36,511,000 Frs. mehr als 1859 und 21,064,000 Frs. mehr als 1860 eingenommen; wogegen allerdings der Ausfall in den Zöllen auf verschiedene Waaren und in der inländischen Zuckersteuer sehr bedeutend gewesen ist. — Die „Italie" hatte berichtet, daß ein italienischer Maler, den sie namhaft machte, in dem Dorfe Le Valois bei Paris ein bourbonisches Werbebureau unterhalte: dies erhelle aus dem Operationstagebuche, das bei Borges gefunden wurde. Die „Opinion Nationale" bringt diese Nachricht zur öffentlichen Kenntniß, ohne ein Wort hinzuzufügen. — In der syrischen Stadt Tripolis waren, wie früher erwähnt, Schützlinge Frankreichs mißhandelt worden. Der französische Konsul hatte sofort eine französische Fregatte kommen lassen. Nach einer neuesten Depesche aus Alexandrien ist die geforderte Genugthuung geleistet worden und der „Mogador" nach einem Aufenthalt von fünf Tagen wieder nach Beyrut zurückgekehrt. — Prinz Kong soll in regelrechter Form den Tod seines Bruders und die Thronbesteigung seines minderjährigen Neffen den europäischen Mächten angezeigt haben.

Belgien.

Brüssel, 15. Januar. [Zur preußischen Thronrede.] Die „Indépendance belge" spricht sich in ihrer heutigen Revue politique über die Rede aus, mit welcher Se. Maj. der König den preußischen Landtag eröffnet hat. Nachdem sie die hervorragendsten Punkte der darin erwähnten Beziehungen Preußens zum Auslande wiedergegeben, analysirt das belgische Blatt auch die Aeußerungen Sr. Majestät über die Politik Preußens selbst: Der König mache am Ende seiner Rede eine sehr direkte Anspielung, die, wenn man sie mit den am Beginn so klar ausgedrückten Gefühlen der Anhänglichkeit an die Verfassung in Verbindung bringe, hoffen lasse, daß der Eindruck, den die letzten Wahlen auf das Gemüth des Königs gemacht hätten, nicht zu der von der feudalen Partei angezeigten und so ersehnten Reaktion führen werde. Schließlich bemerkt das Blatt noch, daß nach dieser Rede nicht der geringste Konflikt zwischen den Parteien zu befürchten sei.

— [Das Haus der Abgeordneten] hat gestern, nach beendigten Neujahrsferien, seine Arbeiten mit der allgemeinen Diskussion des Justizbudgets wieder aufgenommen. Coomans hat diese Gelegenheit benutzt, um den Minister über sein zukünftiges Verhalten in Betreff des Urtheilsspruches der Assissen von Mons, welcher neun Menschenleben der Guillotine überantwortet, zu interpelliren. Tesch entgegnete sehr richtig, eine Debatte über diesen Gegenstand würde jedenfalls unpassend sein, indem erstens die gerichtliche Phase jenes Prozesses noch nicht einmal beendet sei, da der Kassationshof sich noch auszusprechen habe, und es zweitens der Gesetzgebung nicht zustehe, das heiligste Vorrecht der Krone, das der Begnadigung, beeinflussen zu wollen. (K. Z.)

Italien.

Turin, 13. Jan. [Tagesnachrichten.] Dem Prinzen Oskar von Schweden werden hier fortwährend die höchsten offiziellen und nicht-offiziellen Ehren und Aufmerksamkeiten erwiesen; man will sich dankbar gegen Schweden zeigen, welches zuerst von allen Staaten das Königreich Italien anerkannt hat. — Wie im Kriegsministerium, so zeigt man auch im Marinedepartement die energischste Thätigkeit. General Menabrea hat die schleunige Organisation zweier Instruktionsgeschwader, das eine aus Dampfern, das andere aus Segelschiffen bestehend, verfügt. Nach Neapel ist der Befehl ergangen, so bald wie möglich alle im dortigen Kriegshafen befindlichen Fahrzeuge in Dienst zu stellen. — Der bekannte ungarische Flüchtling Ladislaus Ujhazi ist von den Vereinigten Staaten Nordamerika's zum Konsul in Ancona ernannt worden und hat in dieser Eigenschaft von der italienischen Regierung das Exequatur erhalten. — Der Präfekt von Bergamo befindet sich hier. Seine Anwesenheit soll sich auf die Haltung des dortigen Bischofs beziehen, der unlängst den Geistlichen Bravi suspendirte, bloß deshalb, weil dieser Parlamentsabgeordneter ist. — Der Kapitularvikar von Arezzo hat 14 Priester suspendirt, weil sie dem „Ausschusse des liberalen Klerus" angehören. — Der „Italie" wird aus Bergamo geschrieben, daß daselbst außerordentlicher Wassermangel herrscht; über den dritten Theil der Fabriken haben ihre Arbeit einstellen müssen.

— [Ein Brief Garibaldi's.] Die ausgewanderten Nizzaner haben Garibaldi gelegentlich des Jahreswechsels ihre Glückwünsche übersandt, worauf sie folgende Antwort erhalten haben: „An die Nizzaner, meine Verbannungsgefährten in Genua! Ich nehme Ihre Wünsche für die Freiheit des vaterländischen Bodens dankbar an. Wir lieben, als Weltbürger, alle Nationen, ohne Unterschied; aber wir werden unser ganzes Leben lang den Despotismus und die Betrügerei bekämpfen. Genehmigen Sie rc. G. Garibaldi."

Turin, 14. Januar. [Die Finanzfrage] nimmt jetzt hier das Hauptinteresse in Anspruch. Man ist mit dem Kours der italienischen Renten durchaus nicht zufrieden, und Bastoggis Finanzdarlegung geht einer scharfen Kritik entgegen; namentlich will Pepoli, der zu den ersten Kennern dieses Faches in Italien gehört, mehrere folgenreiche Irrthümer in Bastoggi's Kombinationen nachweisen. Die „Opinione" bringt in Betreff der Eisenbahn-Obligationen, deren Ausgabe mehrere Blätter angekündigt hatten, die Erklärung, „es handle sich bloß darum, vom Parlamente die Vollmacht für die Regierung zu erlangen, daß sie sich die Mittel zur Fortsetzung der Eisenbahnarbeiten, die dem Staate zur Last fallen, verschaffen könne, falls die Mittel, über die der Staat verfüge, nicht ausreichen sollten". Das halboffizielle Blatt sieht sich jedoch in Stand gesetzt, zu erklären, „daß die Regierung hinreichende Mittel besitze, um die Eisenbahnarbeiten fortzusetzen, ohne den öffentlichen Kredit in Anspruch nehmen zu müssen; es werde in diesem Jahre folglich zu keiner Ausgabe von Eisenbahnobligationen geschritten werden."

— [Militärisches.] General della Rovere hat die Ernennung Türrs zum Adjutanten des Königs nicht zu verhindern vermocht, jedoch den Gedanken, deshalb seine Entlassung zu nehmen, aufgegeben. Im Allgemeinen ist der Kriegsminister der Südarmee nichts weniger als ungünstig gesinnt. Er hat vielmehr jetzt das schon oft angeregte Werk der Verschmelzung der beiden Heere ernstlich in Angriff genommen. Da nämlich nach der Einstellung von 40,000 neapolitanischen und sicilianischen Rekruten die Zahl der Offiziere der regulären Armee nicht mehr genügt, so sollen die Freiwilligen-Offiziere jetzt ohne Unterschied in der Linie verwandt werden, und zwar die subalternen nach einem vorgängigen Examen und nöthigenfalls nach halbjährigem Besuche einer Kriegsschule, die höheren Offiziere jedoch ohne alle Bedingung. — Es waren Kontrakte abgeschlossen worden zu einer Lieferung von 675,400 Gewehren für die Nationalgarde; 445,000 derselben sind bereits abgeliefert oder werden noch im Laufe dieses Jahres geliefert werden, die übrigen 230,400 sind für 1863 und 1864 bestellt. Die Kosten belaufen sich auf 23½ Mill. Fr. In den sechs ober- und mittel-italienischen Provinzen beträgt die Zahl der eingeschriebenen Nationalgardisten 754,155; unter diese sind bis jetzt 321,396 Gewehre vertheilt worden. Für die Nationalgarde des Südens sind 240,000 Flinten bestimmt.

Neapel, 8. Januar. [Ueber die Vorfälle in Castellamare,] die, wie die offizielle „Turiner Zeitung" meldet, keine weiteren Ruhestörungen zur Folge gehabt haben, liegen jetzt nähere Nachrichten vor, die über den Charakter des Aufstandes keinen Zweifel mehr lassen. Mazzini und seine politischen Glaubensgenossen sind dieser Ruhestörung entweder ganz fremd geblieben, oder stehen ihnen wenigstens ferner, als der Ruf der Aufständischen: „Es lebe die Republik!" es vermuthen ließ. Die Aufruhrstifter hatten sich einfach der republikanischen Maske bedient, um für ihren Haß gegen die italienisch gesinnten Bewohner von Castellamare mehr Anhänger anzuwerben, als sie ihr aufrichtigeres Feldgeschrei: „Es lebe Franz II." hätte antreffen lassen. Denn bekanntlich neigt sich die Gesinnung in Sicilien mehr nach republikanischer als nach bourbonistischer Seite hin. Die Opfer dieses Aufstandes, namentlich liberal und sardinisch gesinnte Bürger, lassen dies außer Frage. Borruso, welcher vor Kurzem in der „Campana della Gancia" einen sehr heftigen Artikel gegen die bourbonistischen Bestrebungen veröffentlicht und sich überhaupt als ein der neuitalienischen Politik sehr zugethaner Mann bekannt gemacht hatte, ist mit seiner Tochter von diesen angeblichen Republikanern lebendig verbrannt. Auch in Alcamo und mehreren anderen Städten von Sicilien waren Vorbereitungen zu ähnlichen Insurrektionen getroffen, die jedoch durch das energische Einschreiten der Bersaglieri in Castellamare bis jetzt vereitelt sind. — Die „Allg. Ztg." läßt sich aus Palermo schreiben: „Man ist überzeugt, daß die Bewegung in Castellamare von den Bourbonischen angestiftet gewesen und daß der Name der Republik nur dem des Königs Franz II. untergeschoben worden sei." Die dortigen Vorgänge waren noch ungleich schauderhafter, als sie in italienischen Berichten erzählt sind. Der Korrespondent der „Allg. Ztg." berichtet: „Zu Castellamare hatte sich am 2. Januar eine große Anzahl Bewaffneter auf den benachbarten Höhen versammelt und war, durch weitere drei- bis vierhundert Aufständische verstärkt, über den Ort hergefallen. Unter fortwährendem Schießen stürmten sie auf das Haus des Kommandanten der Nationalgarde, Borruso, los, drangen in dasselbe ein und ermordeten den Eigenthümer, welcher als einer der eifrigsten italienischen Patrioten galt. Nicht genug, sie tödteten auch seine verheirathete Tochter trotz ihrer Schwangerschaft, nachdem sie zuvor ihren Gatten, welcher sie vertheidigen wollte, als Leiche vor ihre Füße gestreckt. Die Familie Asarce fiel gleichfalls den Wüthenden zum Opfer; nicht einmal der kleinen drei- bis vierjährigen Kinder ward geschont. Die Häuser der Gemordeten wurden in Brand gesteckt und geplündert. Die vier Karabinieri, welche sich im Orte befanden, wurden erschossen; ein gleiches Loos theilte der Kommandant der von Alcamo abgesandten Abtheilung. Mit vom Blute rauchenden Händen zog nun die Bande durch die Straßen, unter dem Ruf: „Nieder mit der Aushebung! Es lebe die Republik! In die Kirche, um ein Tedeum abzusingen!" Das rothe Banner ward aufgepflanzt; Furcht und Verwirrung hinderte die Bewohner der benachbarten Orte, sich zum Kampfe gegen die Insurgenten zusammenzuscharen. In Alcamo zeigen sich verdächtige Symptome, so daß keine größere Truppenabtheilung abgeschickt werden konnte. Denn als der Kapitän der dortigen Besatzung seine Leute auf dem Kastell versammeln wollte, fiel er durch einen meuchlings abgefeuerten Schuß; ein anderer Offizier ward auf der Straße angegriffen und rettete nur mit Mühe sein Leben. Inzwischen waren die von Palermo abgesandten Truppen in den Gewässern von Castellamare angekommen. Eine Abtheilung Bersaglieri, welche zuerst an das Land gestiegen war, fiel in einen Hinterhalt und verlor fünf bis sechs Mann. Nun landeten die übrigen mit größerer Vorsicht und unter dem schützenden Feuer des Kanonenboots. Die Insurgenten verließen jedoch den Ort und flüchteten sich in die Berge; etwa 39 wurden gefangen, sieben hiervon sogleich füsilirt, die übrigen nach Palermo transportirt."

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Januar. [Telegr.] Die „Nordische Post" veröffentlicht die Ernennung des Barons Nicolai, Kurators der Universität in Kiew, zum Adjunkten des Unterrichtsministers.

Griechenland.

Athen, 4. Jan. [Das Erdbeben; die Maiverschworenen; Telegraph; Korinthenausfuhr.] Die Folgen des Erdbebens lassen sich nun, da die offiziellen Berichte der Behörden von Vostizza vorliegen, in ihrem wahren Umfange ermessen. Die Stadt Vostizza ist nebst einigen nahe liegenden Dörfern ein Schutthaufen, 15,000 Menschen sind obdachlos oder lagern unter Zelten, Wind und Wetter preisgegeben. Das Elend ist grenzenlos, trotzdem die Privatmildthätigkeit und nicht minder Hof und Regierung nach Kräften zu helfen versuchen. Der erlittene Schaden wird auf 12—15 Millionen Drachmen berechnet. Die Regierung sandte sofort ungefähr 100 Zelte, von Patras wurden 3000 Betten und 1000 Balken geliefert und mehrere Aerzte an den Ort der Katastrophe gesandt. Der König und die Königin gaben den ansehnlichen Betrag von 8000 Drachmen aus ihrer Privatkasse. An eine Bearbeitung der dortigen Korinthenfelder denkt natürlich Niemand, was noch weitere Verluste in Aussicht stellt. — Der kleine Rest von Maiverschworenen, welcher von der Regierung vor das Geschwornengericht von Chalkis verwiesen worden war, hat gegen diese Anordnung bei dem Areopage Rekurs erhoben und dieser oberste Gerichtshof entschied sich zu Gunsten dieser Protestation, daher diese vielbesprochene Sache nunmehr endgültig von dem Schwurgerichte Athens abgeurtheilt werden wird. Da die Sitzungen des hiesigen Schwurgerichts in wenigen Tagen endigen, so ist eine Aburtheilung der Angeklagten kaum vor dem kommenden Mai zu erwarten, somit ein volles Jahr nach der Einkerkerung. — Der unterseeische Telegraph zwischen Chios und Gallipoli ist beschädigt, weshalb die Telegramme von hier über Smyrna nach Konstantinopel wandern müssen; die telegraphischen Nachrichten aus Europa kommen daher auch uns jetzt nur unregelmäßig und stets verspätet zu. — Laut Mittheilung des Finanzministeriums wurden bis Ende November aus den verschiedenen Häfen Griechenlands 66,368,862 Venetianer Pfund Korinthen ausgeführt, was einer Einnahme von ungefähr 8 Millionen Drachmen gleichkommt. (K. Z.)

Asien.

Peking, 9. November. [Der Staatsstreich.] Der „Moniteur" theilt einen langen Bericht über die näheren Vorgänge des von dem Prinzen Kong glücklich vollführten Staatsstreiches mit. Der Kaiser Hien-Fung hatte sich bekanntlich beim Herannahen der Alliirten nach Jeho in der Mongolei zurückgezogen und war daselbst ohne seine „durch die Gegenwart der Barbaren besudelte" Hauptstadt Peking wiedergesehen zu haben, gestorben. Sofort hatten sich seine begünstigten Räthe, die von jeher sich dem Fortschritt am feindseligsten gezeigt, als Regentschaftsrath konstituirt und sich, mit Ausschließung des als Vertreters der europäischen Ideen angesehenen Prinzen Kong, der Leitung der Regierungsangelegenheiten bemächtigt. Der Hof schien nunmehr ständig in Jeho verbleiben zu sollen, während Prinz Kong als Minister des Auswärtigen, dem hartnäckigen Uebelwollen der herrschenden Partei ausgesetzt, in Peking ganz vereinzelt dastand. Dieser Zustand lastete schwer auf der Situation, und bereits Anfang Oktober unternahm es Prinz Kong, ihm ein Ende zu machen. Er reiste nach Jeho und setzte es, trotz des Widerstandes seiner Feinde, bei der verwittweten Kaiserin durch, daß der junge Kaiser mit seinem Hofe am 1. Novbr. in Peking wieder einzog. Unter den acht Regentschaftsmitgliedern zeichneten sich drei durch ihre Feindseligkeit gegen Prinz Kong und die europäischen Ideen aus. Es waren dies Prinz Y (Tsai-Yuen), Prinz Tscheu-un und dessen Bruder Su-Chun. Einen Tag nach dem Einzuge wurden alle acht kraft eines besonderen kaiserlichen Dekrets festgenommen und vor eine von dem Prinzen Kong präsidirte Kommission gestellt. Die drei Hauptschuldigen wurden „zum langsamen Tode", d. h. lebendig in Stücke geschnitten zu werden, verurtheilt. Doch wurde diese schreckliche Strafe von dem jungen Kaiser gemildert. Die Prinzen Y und Tscheu-un mußten sich im Gefängniß erdrosseln, Su-Chun, der sich schwerer vergangen hatte, wurde auf einem öffentlichen Platze in Peking enthauptet. Die Uebrigen wurden ihrer Aemter und Würden entsetzt, mit Ausnahme des Kriegsministers, der in das Innere der Mongolei verbannt wurde. Die Kaiserin Mutter übernahm die Regentschaft und Prinz Kong die erste Ministerwürde. Mit ihm traten die Freunde des Fortschritts und der europäischen Ideen in die Aemter ein, welche früher von den Anhängern der gestürzten Parteien besetzt gewesen waren. Im „Moniteur" folgt nun eine Uebersetzung der offiziellen Aktenstücke, welche auf diese wichtigen und folgereichen Vorgänge Bezug haben. Gleich im Eingange des ersten Dekretes werden die früheren Räthe der Krone für die westmächtliche Expedition und das Unheil, das durch dieselbe über die Hauptstadt kam, verantwortlich gemacht. Ihre Politik wird geradezu eine unselige genannt, und die ganze Schuld der treulosen Gefangennahme des H. Parkes und seiner Gefährten (die „Moniteur"-Uebersetzung wendet den Ausdruck forfaiture an), so wie der dadurch veranlaßten Zerstörung des kaiserlichen Sommerpalastes ihnen beigemessen. Als zweites Verbrechen wird artikulirt, daß der verstorbene Kaiser mehrmals das Verlangen ausdrückte, nach Peking zurückzukehren, aber stets durch falsche Vorspiegelungen über die schlimmen Absichten der europäischen Mächte daran gehindert wurde. Auch hätten sie ihm in dieser Beziehung das Verlangen der ganzen Nation vorenthalten, und alles dies habe den Kaiser so angegriffen, daß er weder der Nahrung, noch des Schlafes mehr genießen konnte. Da nun die große Kälte jenseits der großen Mauer hinzugetreten, so habe er am 22. August die Reise nach dem Aether auf dem Rücken des großen Drachen angetreten. Der dritte und hauptsächlichste Punkt ist die formelle Weigerung der Angeschuldigten gewesen, auf den Wunsch des jungen Kaisers die Kaiserin Wittwe zur Regentin zu erklären, wiewohl das Dekret selber eingesteht, daß in der jetzigen Dynastie noch keine Kaiserin Regentin gewesen. Prinz Y und seine Genossen stellten auf eigene Vollmacht ein Dekret aus, das dem Wil-

len des Kaisers gerade zuwiderlief. „Diese Räthe“, heißt es wörtlich, wagten es, in unserer Gegenwart diesem Befehle zu widersprechen und sich in endlose Diskussionen einzulassen. Heißt das nicht vollkommen die Pflichten und die Unterwürfigkeit vergessen, welche die Unterthanen ihrem Herrscher schuldig sind? Dann hatten sie die Keckheit, auf ihre persönliche Autorität hin, das Dekret umzuändern, welches wir ihnen anszufertigen befohlen hatten. Aus welchem Grunde haben sie wohl also gehandelt? Tsai-Yuen und seine Kollegen behaupten zwar, sich niemals der souveränen Gewalt bemächtigen haben zu wollen, haben sie sich aber bei dieser Gelegenheit nicht an die Stelle ihres Souveräns gesetzt? Kurz, sie wollten unsere Jugend und die Unerfahrenheit der Kaiserin in Staats-Angelegenheiten mißbrauchen, um uns beide zu hintergehen, und wir fragen, ob man ungestraft so mit dem Kaiserthum spielen und eine so schwarze Undankbarkeit für die zahllosen Wohlthaten, womit sie der verstorbene Kaiser überhäuft, an den Tag legen darf?“ Es folgt nun die Verordnung, daß die acht Regentschaftsräthe abgesetzt und vor ein Tribunal gestellt werden sollen, das, unter Vorsitz des Prinzen Kong, aus den Staatsministern, den Mitgliedern der neun Höfe, den Akademikern und den Zensoren des Reiches zu bilden ist. Das zweite Dekret handelt über den Prozeß und die Verurtheilung der acht Angeklagten. Es wird darin als erwiesen festgestellt, daß der verstorbene Kaiser die Angeschuldigten nicht zu Regenten ernannt habe; er habe ihnen nur auf seinem Todesbette anempfohlen, seinen Sohn als Nachfolger anzuerkennen. Die Regentschaft hätten sich Tsai-Yuen auf eigene Faust angemaßt, und seitdem, als seien sie die Herren, das Reich regiert, indem sie den Befehlen der beiden Kaiserinnen sich widersetzten, und häufig erklärten, sie hätten keine Befehle von der Kaiserin anzunehmen, und es sei schon ein großes Wohlwollen von ihrer, der Regenten Seite, wenn sie der Kaiserin gestatteten, Einsicht von den Geschäften und öffentlichen Dokumenten zu nehmen. Auch dem jungen Kaiser seien sie unehrerbietig begegnet und hätten behauptet, er habe kein Recht, sich mit den Prinzen seines Hauses in Verbindung zu setzen. Als besondere Erschwerungsgründe wird gegen Su-Chun geltend gemacht, daß er die Keckheit gehabt, sich auf den kaiserlichen Thron zu setzen, nach Belieben und ohne Beobachtung der herkömmlichen Vorschriften in den kaiserlichen Gemächern aus- und einzugehen, sich ausschließlich für den Kaiser bestimmter Dinge zu bedienen und diesem selbst nothwendige oder begehrte Dinge zu verweigern. Schließlich folgt das obenerwähnte Urtheil, dessen Schärfe durch die kaiserliche Gnade gemildert wird.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Zu Schriftführern sind im Herrenhause folgende Mitglieder gewählt worden: Graf v. d. Gröben-Ponarien, Ober-Bürgermeister Hering, Graf v. Nesselrode-Ehreshofen, Freiherr v. Romberg, v. Gutzmerow, Freiherr v. Oldershausen, Graf v. Götzen, v. Carnap. Die früher vor den Sitzen im Herrenhause aufgestellten Sammet-Fauteuils für die königl. Prinzen sind dieses Mal entfernt.

— Im Herrenhause haben sich gestern die 5 Abtheilungen in folgender Weise konstituirt: 1. Abth.: Vors. Graf Arnim-Boytzenburg, Stellv. Uhden, Schriftf. Graf v. Götzen, Stellv. v. Flemming. 2. Abth.: Vors. Herzog v. Ratibor, Stellv. Graf v. Rittberg, Schriftf. Oberbürgermeister Hasselbach, Stellv. v. Rexin. 3. Abth.: Vors. v. Meding, Stellv. Dr. Brüggemann, Schriftführer Oberbürgermeister Groddeck, Stellv. Oberbürgermeister Beyer. 4. Abth.: Vorsitzender v. Plötz, Stellv. Dr. Götze, Schriftf. Freih. v. Oldershausen, Stellv. Oberbürgermeister Hammers. (Die Namen der 5. Abtheilung fehlen noch.)

— Im Herrenhause befinden sich gegenwärtig 58 erbliche Herren, 3 Inhaber preußischer Kronämter, 15 Kronsyndici, 25 Mitglieder aus Allerh. Vertrauen, 3 Vertreter der Domstifter, 8 Vertreter der Provinzial-Grafenverbände 11 Vertreter der Familienverbände, 75 Vertreter des alten ꝛc. Grundbesitzes, 4 Vertreter der Landes-Universitäten, 34 Vertreter der Städte, überhaupt 236 Mitglieder. Die Vertheilung in die fünf Abtheilungen ist ziemlich gleichmäßig erfolgt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Jan. [Ein Dieb; Feuersgefahr.] Der Nachtwächter der Krämerstraße traf in der verflossenen Nacht einen Menschen beschäftigt, eine Ladenthür aufzubrechen. Es gelang, denselben festzunehmen, und wurde in ihm ein wiederholt von hier verwiesenes Subjekt erkannt. — Gestern Abend gerieth in der Konditorei von Szpingier gegenüber der Post in Folge starker Heizung der Fußboden in Brand, wurde aber schnell gelöscht.

S Posen, 18. Jan [Die Radeck'schen Symphonie-Soiréen] werden demnächst ihre erwünschte Fortsetzung für diesen Winter erhalten. Am künftigen Mittwoch beginnt der zweite Zyklus, der wiederum vier Konzerte umfassen wird, welche am 22. Januar, am 5. und 19. Februar und am 12. März stattfinden sollen. Wie wir hören, hat auch ihnen wieder schon bis jetzt eine rege Theilnahme sich zugewendet, wie das kaum anders zu erwarten stand, wenn man einerseits die sehr zahlreiche Betheiligung erwägt, welche das dankenswerthe Unternehmen auch schon zu Anfang dieser Saison mit Recht gefunden, und andrerseits die unermüdliche Thätigkeit, das emsige Streben und den regen Fleiß des Dirigenten wie der Ausübenden in die Wagschale legt, welche es in der That schon zu sehr erfreulichen Kunstleistungen auf diesem schwierigsten aller Gebiete der ausübenden Tonkunst gebracht haben, und wohl noch immer Besseres in Aussicht stellen. Die Soiréen finden wieder im Kasinosaale statt, und das vorläufige Programm für die vier Konzert-Abende ist ein im Ganzen gut und interessant gewähltes, in welchem neben den Klassikern auch neuere Komponisten (Spohr, Mendelssohn, Gade, H. Ulrich ꝛc.) vertreten sind. In der ersten Soirée werden wir auch eine Ouverture des hiesigen Theaterkapellmeisters Chemin-Petit hören, welche der von demselben komponirten großen Oper: „Alfred von England“ entommen ist. Diese Oper soll, wie wir hören, binnen einigen Wochen zum Benefiz des Komponisten hier in Scene gehen.

h Aus dem Kreise Birnbaum. [Noch einmal zu den Wahlen.] Zur Charakteristik der Mittel, welche die feudale Partei zur Erreichung ihrer Zwecke anwendet, diene Folgendes: Nachdem der Krugpächter eines Rittersitzes in einem benachbarten Kreise bei den Urwahlen nicht so gestimmt hatte, wie es der gnädigen Gutsherrschaft gefiel, hat letztere von der kontraktlichen Bestimmung Gebrauch gemacht, dem Pächter die Pachtung zu kündigen. Ein ihm zugemutheter Widerruf ist von ihm mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden, und er muß also zum 1. April d. J. die Pachtung verlassen. Die gnädige Gutsherrschaft sucht nun einen neuen Pächter, und in dem entworfenen neuen Pachtvertrage finden sich u. A. folgende Bestimmungen:

„Pächter verpflichtet sich, bei vorkommenden Landtagswahlen so zu stimmen, wie die „gnädige Gutsherrschaft“ bestimmen wird. — Sollte Pächter eine Zeitung zu halten gesonnen sein, so hat er dazu die Genehmigung der gnädigen Gutsherrschaft einzuholen. — Pächter verpflichtet sich, von jeder üblen Nachrede über die gnädige Gutsherrschaft derselben Nachricht zu geben.“ Alles dieses bei Vermeidung der Exmission.

Man ersieht daraus, daß auch in unserer Provinz das Geschlecht der Grafen Kuno vertreten ist, muß aber die Rechtsunwissenheit der gnädigen Gutsherrschaft beklagen, welche von dem Rechtsgrundsatze nicht unterrichtet ist, daß mindestens die erste Bestimmung wohl niemals als Exmissionsgrund vor Gericht mit Erfolg geltend gemacht werden könnte. Pachtliebhaber können demnach getrost den Kontrakt unterschreiben und dennoch nach Herzenslust stimmen wie sie wollen.

▽ Krotoschin, 17. Jan. [Zur Nachwahl.] Von den 215 Wahlmännern des Kreises (darunter 82 deutscher, 133 polnischer Abkunft) sind bis jetzt wenige geneigt, die Reise nach Koźmin zu unternehmen. Sie zürnen, daß um kleinlicher Häkeleien willen sie zur Wiederholung der Wahl gezwungen werden. Die Wahl des Kandidaten, dessen rücksichtsloses Verfahren den Wählern diese Ungehörigkeit bereitet, fand damals selbst unter den Polen mannichfachen Widerspruch. Aber die Meinung, daß man dem Befehl des Komité's gehorchen müsse und die Bemühungen einiger jüngeren Wahlmänner entschieden für die Wahl. Denn unsere jungen heißblütigen Politiker, wenn sie auch nicht gerade dem Grundsatze „je toller je besser“ folgen, scheinen doch ein Behagen zu finden, sich kopfüber in eine Agitation zu stürzen, die für ihre Person allerdings ungefährlich ist, aber der Eitelkeit nicht wenig schmeichelt. Von dieser Seite wird für die Wiederwahl des Herrn v. Niegolewski, trotz seiner Ablehnung, und des Widerstrebens Anderer, thätig agitirt. Einige junge Männer haben zu diesem Zwecke die Wahlmänner zu einer Vorversammlung eingeladen, um ihnen das Versprechen abzunehmen, für ihren Kandidaten zu stimmen. Von deutscher Seite wird man an der Wahl sich nicht betheiligen; wer aber Pessimist ist, würde die Wiederwahl nicht ungern sehen.

× Pleschen, 16. Jan. [Eine neue Abgeordnetenwahl.] Die Wahlmänner unseres Kreises sind zu einem neuen Wahltermine nach Kozmin (s. gestr. Ztg.) einberufen, weil der auf Anweisung des Komité's in dem Bezirke Pleschen und Krotoschin gewählte Abgeordnete Niegolewski sich über die Annahme nicht erklärt hat, was gesetzlich als Ablehnung gilt. Wenn schon seine Kandidatur hier viel Widerstreben fand und polnischerseits nur für ihn gestimmt wurde, um eine Zersplitterung zu vermeiden, so äußert der Unwille bei unseren polnischen Wahlmännern sich jetzt um so lauter. Der Kandidat hat grade unter dem angesehenen Adel wenige Freunde und gelangte vor drei Jahren nur durch ein Zusammentreffen zufälliger Ereignisse auf die Kandidatenliste, auf der das damalige Wahlkomité seinen Namen zu setzen entschieden abgelehnt hatte. Das jetzige Komité glaubte gegen Wünsche, die überwiegend wirklich nur von Einzelnen ausgingen, sich fügsamer zeigen zu müssen, und hat dabei, wie es scheint, doch fehlgegriffen. Dieser Irrthum über die wahre Meinung der Mehrzahl der Wähler ist wohl dem Umstand beizumessen, daß das diesmalige Wahlkomité, wie ich höre, auf ziemlich willkürlicher Zusammensetzung beruht und sein Mandat sich selbst ertheilt hat, wobei denn wohl Parteirücksichten hauptsächlich maaßgebend gewesen sind. Soviel über die Stimmung der Wähler des hiesigen Kreises verlautet, wünschen dieselben einen Abgeordneten aus ihrem Wahlbezirke, welcher gemäßigteren Ansichten folgt. Eine Einigung ist indeß noch nicht erfolgt und wird vermuthlich erst am Wahltage stattfinden. Daß die wiederholte Reise nach Kozmin bei dem strengen Frost die Wahlmänner grade nicht in die beste Laune versetzt und man sich beschwert, von dem Komité rücksichtslos behandelt zu sein, ist wohl erklärlich.

ξ Bromberg, 17. Januar. [Konservativer Verein; renitente Geistliche; Bestrafungen; Stadtverordneten-Versammlung.] Mit dem 1. Februar d. J. wird hier unter dem Namen: „Neues Bromberger Wochenblatt“ im Verlage des Buchdruckereibesitzers Körner ein drittes Blatt erscheinen, das lediglich den konservativen Interessen gewidmet sein soll. Das Unternehmen ist auf Aktien à 25 Thlr. gegründet; zum Redakteur ist der frühere Redakteur des „Magdeburger Correspondenten“ später der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“, Herr Grosse, gewonnen. Gestern Abend fand in Moritz' Hotel eine Versammlung der Aktionäre und sonstiger Konservativen, die mit Einlaßkarten versehen waren, statt. Rittergutsbesitzer v. Oertzen auf Ossowoberg eröffnete die Sitzung mit den Worten: „Meine Herren! Ueberall, wo sich Preußen versammeln, ist es Pflicht und Sitte, zunächst ihres Königs und Herrn zu gedenken. Das wollen auch wir. Se. Majestät, unser allergnädigster König Wilhelm I. lebe hoch!“ Nach einem dreimaligen kräftigen „Hoch“ wurde Herr v. Oertzen zum Vorsitzenden erwählt. Derselbe führte zunächst in kurzen Worten die Gründe an, welche die Herausgabe einer Zeitschrift im konservativen Sinne erheischt hätten (Hauptgrund ist der, daß die gegenwärtige Presse sich zum größten Theile in den Händen der Demokratie befände) und forderte sodann den Rittergutsbesitzer v. Treskow auf Grocholin auf, den Prospekt zum „Neuen Bromberger Wochenblatte“, der von ihm (Hrn. v. Treskow) entworfen worden, der Versammlung mitzutheilen. Derselbe beginnt etwa mit den Worten: „Das preußische Staatsleben ist jetzt durch den Ausfall der Wahlen im überwiegend demokratischen Sinne an einen gefährlichen Wendepunkt gerathen. Unglück abzuwenden sei Aufgabe der Konservativen, deren Lösung durch Verbreitung wahrhaft patriotischer und christlicher Ideen in ihrem neuen Organe bewirkt werden soll. Man werde sich stets nur an die thatsächliche Wirklichkeit halten, und überall der Heuchelei der Gegenpartei streng entgegentreten. Der Verfassung werde man stets treu und gehorsam sein und an deren vernünftigem ferneren Ausbau nach Kräften arbeiten. Es schließt der Prospekt mit den Worten: „Das Königthum von Gottes Gnaden sei unser Panier!“ Das Blatt wird dreimal in der Woche erscheinen, Sonntags, Mittwochs und Freitags, und für Hiesige quartaliter 20 Sgr., für Auswärtige 27½ Sgr. kosten. Nach beendeter Vorlesung des Prospektes wünscht der Vorsitzende über die einzelnen Paragraphen desselben eine Diskussion zu eröffnen; da sich indeß Niemand meldete, so ersuchte Pastor Reinhardt aus Karczkowo den Herrn v. Treskow, als den Verfasser des Prospektes, die einzelnen Paragraphen desselben noch etwas näher zu erörtern, was auch geschah. Rücksichtlich der Bezeichnung der Konservativen von der Gegenpartei als „Feudale“ bemerkte Herr v. Treskow etwa, es gehöre diese Benennung mit zu den Schlagwörtern der demokratischen Presse, womit sie bei der ungebildeten Menge nur Haß gegen die Konservativen und wirklichen Vaterlandsfreunde hervorrufen wolle. Ein Feudaler ist eine mittelalterliche Person, die viele Privilegien besaß. Heut zu Tage besitzen aber die Rittergutsbesitzer, welche mit dem Ausdruck „Feudale“ gemeint sind, keine Privilegien mehr. Es ist übrigens dieses Wort „feudal“ lediglich das literarische Eigenthum des Kladderadatsch; lassen wir ihm dasselbe. Etwas ausführlicher besprach Herr v. T. die anzustrebende Selbstverwaltung der Kreise und machte auf die entschiedenen Vortheile für das Land aufmerksam. Die jetzigen Kreistage wären weiter nichts mehr, als Steuer-Repartitionen; auch das letzte Recht, das der Petitionen, sei ihnen genommen. Die Grundsteuer-Regulirung, die, wie die Sache jetzt betrieben wird, dem Lande 10—20 Millionen kosten dürfte, würde bei einer Selbstverwaltung sich um Vieles billiger gestalten. In Betreff des Vorwurfes, der den Konservativen von der Demokratie gemacht werde, sie wollten die Verfassung umstürzen, sei nur zu erwidern, daß wir das nicht wollen, sondern im Gegentheil, der Verfassung gehorsam und treu sein werden; daß wir aber einen ferneren, vernünftigen Ausbau der Verfassung wünschen und jeder Heuchelei, wie jedem eigennützigen Streben entgegentreten werden. Pastor Reinhardt warf die Frage auf, in welcher Weise die Gewerbefrage in dem neuen Blatte zu behandeln wäre, worauf Schneidermeister Dübeler auftrat und eine lange Rede gegen die Gewerbefreiheit hielt. Er entwickelte die Gründe, weshalb die Gewerbefreiheit, deren Feind er wäre, ein Unglück für den Staat werden müsse. Geheimrath Kerst a. D. in Berlin, an den sich der Bromberger Handwerkerstand 1848 mit der Bitte um Förderung seiner Interessen gewendet, wäre damals nicht für Gewerbefreiheit, sondern für Gewerbeordnung gewesen; dasselbe gelte von Dr. Lette im Frankfurter Parlament und Dr. Veit in Berlin. Jetzt wünschen diese Herren aber das vollständige Gegentheil von ihren früheren Ansichten. (Bravo.) Pastor Reinhardt dankte Herrn Dübeler für seine „klaren und lichtvollen“ Auseinandersetzungen und freute sich, daß dem neuen Blatte auch ein entsprechender Raum für gewerbliche Besprechungen in diesem Sinne gewidmet werden sollte. Nachdem auf die vom Vorsitzenden wiederholte Frage Niemand sich weiter zum Worte meldete, schloß die Sitzung mit einer Erklärung des Schlußwortes im Prospekte: „Das Königthum von Gottes Gnaden“ Seitens des Pastors Reinhardt. Diese Worte, sagte er etwa, sollen darauf hindeuten, daß der Staat, in dem so ein König an der Spitze stehe, zugleich ein christlicher Staat sei; daß so ein König seine Krone nicht durch die Verfassung oder vom Volke habe, sondern, daß sie ihm von Gott verliehen sei. Die Aktionäre wurden hierauf vom Vorsitzenden, der zugleich den Wunsch aussprach, daß bei einer nächsten Zusammenkunft die Betheiligung an der Diskussion lebhafter sein möchte, ersucht, Behufs einer besonderen Besprechung noch ein wenig zurückzubleiben. Die Versammlung bestand aus 70—80 Personen aller Stände, vielen auswärtigen Gutsbesitzern, Pastoren und Mitgliedern der hiesigen Altlutherischen Kirche.

Neuerdings sind, wie man hört, einzelne katholische Geistliche der hiesigen k. Regierung gegenüber mit der Behauptung aufgetreten, daß sie in Beziehung auf die Führung der Kirchenbücher nicht der Aufsicht der Regierung, sondern der des Erzbischofes unterworfen seien. Wiewohl nach den Bestimmungen des Landrechtes keine Zweifel darüber obwaltet, daß die Führung der Kirchenbücher keine geistliche, sondern eine den Geistlichen vom Gesetz überwiesene staatliche Funktion ist, und daß daher Pfarrverwalter in Hinsicht auf diese Funktion Zivilstandsbeamte und der Aufsicht der zuständigen Staatsbehörde unterworfen sind, so unterstützte, wie bekannt, der Erzbischof selbst die obige Reklamation. Die hiesige k. Regierung hat dieselbe indeß dem Gesetze gemäß entschieden zurückgewiesen. — Wie verlautet, ist kürzlich der Pfarrer Ryszkiewicz zu Koldrąb im Kreise Wongrowitz wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen Se. Majestät den König gerichtlich zu vier Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt. Ebenso sind der Bürger Leon Skowronski und der Barbiergehülfe Joachimowski zu Exin wegen öffentlichen Absingens der revolutionären Lieder „Boże coś Polskę“ ꝛc., sowie wegen Aufreizung Anderer zur Theilnahme an diesem Vergehen, ein jeder mit einer Geldbuße von 20 Thlr. event. 14 Tagen Gefängniß belegt worden. Auch in Wongrowitz sind 9 Personen wegen Absingens derselben Lieder gerichtlich bestraft. — In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden zunächst die neuen anwesenden Stadtverordneten nach den Bestimmungen der Städteordnung vom Oberbürgermeister v. Foller, durch Handschlag vereidigt und in ihr neues Amt eingeführt. Zum Vorsteher wurde hierauf der bisherige Vorsteher, Oekonomie-Rath Kinze wiedergewählt, zum Stellvertreter wählte man den Rechnungsrath Beyer, zum Schriftführer den Rendanten Timm und zu dessen Stellvertreter den Destillateur Franke. Es wurde unter Anderen in dieser Sitzung die Auflösung des hiesigen Gewerberathes ausgesprochen.

Vermischtes.

* Der Komponist des Liedes „Schleswig-Holstein, meerumschlungen“, Kantor Bellman, ist dieser Tage, 86 Jahre alt, in Schleswig gestorben.

* Englands Eisenbahnen hatten Ende 1860 eine Betriebslänge von 2022 Meilen, Frankreich von 1237 Meilen, Preußen von 738 Meilen, Oestreich von 433 Meilen, Spanien von 239 Meilen, Belgien von 186 Meilen, Italien von 113 Meilen. In Rußland hatte damals die französische Gesellschaft 44 Meilen Eisenbahnen im Betriebe.

* Bis jetzt hat man den großen Alpentunnel des Mont Cenis auf französischer Seite bis auf 730 Metres gefördert und auf italienischer bis auf 950, im Ganzen also 1700 von 12,000 Metres, welche dieser Durchbruch haben wird. Jetzt sind neue Maschinen in Anwendung genommen, die sehr praktisch sein sollen. Merkwürdigerweise war in den ersten Tagen dieses Jahres auf der Cenis-Straße noch gar kein Schnee gefallen, der Dienst der Diligencen noch nicht unterbrochen gewesen.

* Das „Annuaire encyclopédique“ bringt statistische Notizen, wonach in Frankreich täglich 10 bis 11 Selbstmorde vorkommen, mithin jährlich 3899, unter denen im vorigen Jahre 842 Frauen gegen 3057 Männer. Die meisten Selbstmorde kamen in der Lebensperiode von 40 bis 60 Jahren, und zwar am häufigsten in den Monaten April, Mai, Juni und Juli vor. Ertränken und Erhängen sind in Frankreich die gewöhnlichsten Mittel, sich das Leben zu nehmen, von genannter Zahl nicht weniger als 2833.

* Aus Antwerpen wird berichtet, daß dort das Theater definitiv hat geschlossen werden müssen aus Mangel an Theilnahme des Publikums und weil die städtische Behörde es abschlug, 2500 Franken vorzuschießen auf die Reservesumme von 5000 Franken, die für neue Dekorationen zurückgelegt war.

* Die Petersburger Zeitungen enthalten die Biographie eines Räuberchefs, Laiba Khaifes, der Jahre lang allerlei Schandthaten verübt hate. Er wurde schließlich in Minsk zu 5000 Spießruthen verurtheilt. Nach den ersten 700 stürzte er zusammen und mußte ins Lazareth gebracht werden. Bei der Wiederholung der Exekution starb er.

* Der „Mercurio“ theilt mit, daß in einer der zahlreichen Gebirgsketten, welche Chili durchziehen, ein neuer Vulkan entstanden ist. Er befindet sich auf ungefähr drei Viertel der Höhe des Cerro de Chillau in einer kleinen Ebene, Plancito de los Vaquero genannt, inmitten von ewigem Schnee, zwanzig Meilen in gerader Linie von der Stadt und in der Nähe der Bäder von Chillau.

* Ein amerikanischer Provinzialblattredakteur schließt seinen Jahresrückblick folgendermaßen: „Und sollte ich irgend Jemanden wissentlich oder unwissentlich beleidigt haben, so bitte ich ihn, mir einen neuen Hut zu schenken, den ich eben nöthig brauche. Dann soll Alles vergeben und vergessen sein.“ Diese Yankees haben in der Zeit der schweren Noth doch wenigstens ihren Humor nicht eingebüßt!

Angekommene Fremde.

Vom 18. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Domänenpächter v. Saenger aus Pokajewo, die Kaufleute Lebram, Büttner, Aronhold und Kaßner aus Berlin, London aus Frankfurt a. O., Flickenschmidt aus Meerane, Müller und Engeln aus Köln, Ilius aus Warschau, Fackland aus Hamburg und Goldbaum aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rechtsanwalt Aschenborn aus Hirschberg, Apothekenbesitzer Legall aus Kosten, Predigtamtskandidat Gehring aus Danzig, Privatsekretär Leichert und die Kaufleute Müller aus Breslau, Fuchs aus Hamburg und Lesser aus Stargard i. Pr.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsbesitzer v. Koczorowska aus Piotrkowice, Bevollmächtigter v. Siedmiogrodzki aus Neudorf und Landwirth Becker aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsbesitzer und Hauptmann a. D. Mangelsdorff aus Danzig, Landschaftsrath und Rittergutsb. v. Budziszewski aus Czachorowo, die Kaufleute Kleinhaus aus Berlin, Sauerbach aus Auerbach und Moehring aus Stettin.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Niklewicz nebst Frau aus Wilczyn.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Urbanowski aus Kowalskie, v. Bieńkowski aus Smuszewo, v. Zakrzewski aus Jaraczewo und v. Koczorowska aus Jasin, Frau Gutsbesitzer v. Sander aus Charcica, Fabrikbesitzer Sachs aus Lomnitz und Kaufmann König aus Berlin.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Kwilecki aus Kobelnik, Graf Mielżyński aus Pawłowice, v. Chłapowski aus Szołdry und v. Bronikowski aus Wilkowo.

HOTEL DE PARIS. Administrator Magdziński aus Krojanke, die Gutsbesitzer Ciesielski aus Sosnowko, Ciesielski aus Bielawy und v. Dobrogojski aus Skrzetuszewo.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Lanzenberger und Schön aus Berlin, Gotthelf aus Breslau, Werner aus Schrimm und Zapf aus Elberfeld, Oberförster Seiler aus Weinberg, Gutsbesitzer Kleiner aus Grzymisławice, Geometer Franke aus Kosten, Frau Apotheker Riemer aus Mur. Goślin, die Gutsbesitzer Wendland aus Neuvorwerk und Lehmann aus Garby.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Kasper aus Breslau, Brand und Litzner aus Neustadt a. W., Gutsbesitzer Stegemann aus Groß-Rybno und Fräulein Erxleben aus Wernenth

KRUG'S HOTEL. Fräulein Kotz aus Lissel, Schauspielerin Kunze aus Gleiwitz, Gold- und Silbersticker Sander aus Berlin und Pappenfabrikant Welke aus Schmiegel.

PRIVAT-LOGIS. Oekonom v. Dandelski aus Groß-Leipe, Schützenstraße Nr. 4; Schiffskapitän Kockel aus Stettin, Bäckerstraße Nr. 7.

(Beilage.)